

Jale Tosun (Konstanz)/Marc Debus (Mannheim)

Parteien, Regierungen und Europäische Integration: Welche Faktoren bestimmen die europapolitischen Positionen nationaler politischer Akteure?

Dieser Aufsatz untersucht die europapolitischen Positionen von Parteien und Regierungen in sieben EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, den Niederlanden und Österreich. Anhand einer computergestützten Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen, Koalitionsabkommen und Regierungserklärungen zeigen wir, dass obwohl die Partei- als auch Regierungspositionen im Zeitverlauf tendenziell europafreundlicher geworden sind, die Einstellungen von Regierungen und Regierungsparteien divergieren. Weiter verdeutlicht unsere Analyse, dass die europapolitische Haltung von Parteien und Regierungen nicht nur durch den allgemeinen ideologischen Hintergrund der politischen Akteure bedingt ist, sondern auch von den jeweiligen Integrationspräferenzen der WählerInnenenschaft abhängt. Somit bestätigt unsere Untersuchung nicht nur die Befunde bereits bestehender empirischer Studien, sondern leistet einen Beitrag zu einem besseren theoretischen Verständnis der Verknüpfung zwischen europapolitischen Partei- und Regierungspositionen.

Keywords: Europäische Integration, WählerInnenpräferenzen, Parteienwettbewerb, Dokumentenanalyse, Responsivität
European integration, voter preferences, party competition, content analysis, responsiveness

1. Einleitung¹

Das Europäische Parlament ist das einzige unmittelbar demokratisch legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Seit den ersten Direktwahlen 1979 konnte es seine Kompetenzen beständig erweitern. Hierbei stellte die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens durch den Maastrichter Vertrag im Jahr 1992 eine wichtige Entwicklung dar. Dies verwandelte das Europäische Parlament, neben dem Rat der Europäischen Union bzw. dem Ministerrat, in zahlreichen Politikbereichen zu einem gleichberechtigten Mitgesetzgeber (Hix 2008, 590). Sollte ferner der im Dezember 2007 unterzeichnete Vertrag von Lissabon tatsächlich in Kraft treten, so würde dies eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments in der Gesetzgebung, der Haushaltspolitik und in der Kontrolle der Exekutive implizieren.

Trotz dieser neuen Dynamik und der sich abzeichnenden Kompetenzerweiterungen unterscheidet sich das Europäische Parlament noch in wichtigen Punkten von nationalen Parlamenten, so dass seine Arbeit nur eine begrenzte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit genießt (Binder/Wüst 2004, 38). Daher ist es kaum verwunderlich, dass die Beteiligung der BürgerInnen an den Wahlen zum Europäischen Parlament kontinuierlich abnimmt (Wessels 1995, 884), was sich

entsprechend nachteilig auf den Parteienwettbewerb auf europäischer Ebene auswirkt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich bisher kein europäisches Parteiensystem etabliert hat (Niedermayer 2001, 445–446).

Vor diesem Hintergrund möchten wir uns in diesem Aufsatz mit den europapolitischen Einstellungen nationaler Parteien beschäftigen und untersuchen, wie Parteipositionen in Regierungspositionen übersetzt werden. Hierbei verstehen wir unter „europapolitischen“ Positionen sämtliche Einstellungen bezüglich EU-Mitgliedschaft, EU-Erweiterung und anderen spezifischen politischen Entwicklungen innerhalb der EU. Während es eine umfangreiche Literatur zur Messung und Erklärung von Parteipositionen zur europäischen Integration gibt (vgl. für eine Übersicht Ray 2007), haben bisher nur wenige Autoren den Versuch einer Messung der generellen europapolitischen Haltung von Regierungen unternommen. Angesichts dieses Desiderats gehen wir folgenden Forschungsfragen nach: Welche Positionen vertreten nationale Parteien und Regierungen im Laufe des Integrationsprozesses? Wie stark korrelieren Partei- und Regierungspositionen miteinander? Welche Faktoren haben einen signifikanten Einfluss auf die jeweiligen Partei- und Regierungspositionen?

Zur Beantwortung dieser Fragen untersuchen wir Wahlprogramme, Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen von Parteien und Regierungen in sieben Mitgliedstaaten der EU: Diese sind Belgien (für den Zeitraum zwischen 1985 und 2003), Deutschland (1980–2005), Frankreich (1986–2002), Großbritannien (1979–2005), Irland (1982–2002), die Niederlande (1977–2006) und Österreich (1979–2006). Hierzu verwenden wir die von Laver et al. (2003) entwickelte computerunterstützte inhaltsanalytische Methode *wordscore*. Unsere Ergebnisse zeigen, dass obwohl die Partei- als auch Regierungspositionen im Zeitverlauf tendenziell europafreundlicher geworden sind, die jeweiligen Positionen von Regierungsparteien und Regierungen jedoch voneinander abweichen. Weiter verdeutlicht unsere Analyse, dass die europapolitische Haltung von Parteien und Regierungen nicht nur ideologisch bedingt ist, sondern auch von den jeweiligen Integrationspräferenzen der WählerInnenschaft abhängt.

Der Aufsatz ist wie folgt strukturiert: Zunächst geben wir einen Überblick über den Stand der Forschung und identifizieren potentielle Erklärgrößen für die europapolitischen Positionen von Parteien und Regierungen. Hierauf aufbauend leiten wir unsere theoretischen Erwartungen für den kausalen Zusammenhang zwischen den diskutierten Erklärgrößen und den europapolitischen Partei- und Regierungspositionen ab. Anschließend stellen wir im dritten Kapitel die verwendeten Daten und deren Generierungsprozess vor. Im vierten Kapitel präsentieren wir die Ergebnisse unserer quantitativen Analyse. Abschließend tragen wir unsere zentralen Befunde zusammen und verweisen auf offen gebliebene Fragen, um so Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungsarbeiten aufzuzeigen.

2. Literaturüberblick und Identifizierung von Erklärungsgrößen

Aus der intergouvernementalistischen Perspektive spielen nationale Parteien bei der Ausgestaltung des europäischen Gesamtinteresses nach wie vor eine zentrale Rolle (König 2007, 424). Tatsächlich sind nationale Parteien auf allen Ebenen des EU-Regierungssystems an der Willensbildung und Entscheidung beteiligt. Sie wirken in Form von Regierungs- und Oppositionsfraktionen in den nationalen Parlamenten bei der Implementation europäischer Politiken mit (vgl. Knill 2006). Als Regierungsparteien sind sie direkt im Ministerrat vertreten. Und nicht zuletzt sind nationale Parteien verantwortlich für die Aufstellung der KandidatInnen und den Wettbewerb auf nationa-

ler Ebene um Sitze im Europäischen Parlament (Ovey 2004, 94). Daher haben sich bereits zahlreiche Aufsätze mit der Deskription und Erklärung von europapolitischen Parteipositionen beschäftigt.

Hierbei kann man grob zwischen drei Hauptforschungssträngen unterscheiden. Die erste Untersuchungsperspektive bezieht sich auf den Parteienwettbewerb der europäischen Ebene und das Abstimmungsverhalten von Parteien im Europäischen Parlament (vgl. Pedersen 1996; Hix/Lord 1997; Hix 2002; Höpner 2005; Hix et al. 2006; McElroy/Benoit 2007). Diese Forschungsliteratur kommt im Wesentlichen zu dem Schluss, dass das Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament sowohl durch nationale als auch parteipolitische Konfliktlinien geprägt ist.

Der zweite Untersuchungsstrang untersucht europapolitische Parteipositionen aus der Perspektive der Europäisierungsforschung und beleuchtet primär die programmatischen und strukturellen Veränderungen nationaler Parteien im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration (vgl. Mair 2000; Ladrech 2001; Kritzinger/Michalowitz 2005; Grotz 2006; Pennings 2006; Poguntke et al. 2007). Während laut Mair (2000) die europäische Integration kaum einen Einfluss auf die organisatorischen Strukturen in westeuropäischer Parteiensysteme hatte, so „weisen die Mitgliedstaaten offensichtliche Unterschiede dahingehend auf, wie die „EU-Politik“ programmatisch im Rahmen des nationalen Parteienwettbewerbs repräsentiert ist“ (Grotz 2006, 437).

Die dritte Gruppe von Forschungsarbeiten – innerhalb welcher auch unsere Untersuchung zu verorten ist – geht den verschiedenen Dimensionen des nationalen Parteienwettbewerbs nach und erörtert die Relevanz europapolitischer Themen für Wahlentscheidungen. Hierbei werden europapolitische Themenkomplexe oft als so genannte „second order issues“, dass heißt als für die Wahlentscheidung zweitrangige Politikdimension, modelliert (vgl. Pierce 1999, 23f.; Thomassen/Schmitt 1999, 191; Steenbergen/Scott 2004). Die meisten Analysen, die sich mit dieser Fragestellung beschäftigen, basieren auf ExpertInnenbefragungen (vgl. Ray 1999; 2007; Aspinwall 2002; Hooghe et al. 2002; Marks et al. 2002; Marks/Steenbergen 2004; Marks et al. 2006; Steenbergen et al. 2007). Diese sind jedoch mit bestimmten methodologischen Problemen behaftet. So tendieren die Befragten häufig dazu, die Differenz zwischen den europolitischen Positionen der einzelnen Parteien zu überschätzen (Taggart/Szerbiak 2004, 8). Genauere Ergebnisse hinsichtlich der Messung von Parteipositionen scheint die inhaltsanalytische Auswertung von Wahlprogrammen zu liefern. Allerdings stützen sich nur wenige Untersuchungen auf diese Methode (vgl. jedoch Binder/Wüst 2004; Kritzinger et al. 2004; Pennings 2006).

Ungeachtet des zugrundeliegenden Messverfahrens stimmen die meisten Untersuchungen darin überein, dass nationale Parteien im Zeitverlauf europafreundlicher geworden sind (vgl. Hooghe et al. 2002; Ray 2007). Jedoch besteht ein Dissens darüber, welche Faktoren die europapolitischen Parteipositionen determinieren. Die erste und wohl prominenteste Erklärgröße ist die Positionierung nationaler Parteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension. Zahlreiche neuere Arbeiten zeigen aber auf, dass die bloße Verortung der Parteien auf einer solchen Links-Rechts-Achse keine hinreichende Erklärung für die europapolitischen Parteipositionen bietet. So weisen Hooghe et al. (2002) darauf hin, dass dieser Zusammenhang nur für bestimmte politische Themenbereiche, wie beispielsweise die europäische Umwelt-, Beschäftigungs- und Kohäsionspolitik, zu beobachten ist. Hieraus schließen Hooghe und Marks (2004), dass nicht so sehr die Positionierung auf der Links-Rechts-Dimension ausschlaggebend ist, sondern vielmehr, ob die jeweiligen Parteien im Zentrum oder der Peripherie des Parteiensystems angesiedelt sind. Demzufolge ist vielmehr von Bedeutung, ob es sich um konventionelle oder extremistische, so genannte „Anti-System-Parteien“ handelt (vgl. Sartori 1976; Taggart/Szczerbiak 2004, 5).

Die Überlegung ist hierbei, dass konventionelle Parteien, die eine Regierungsfunktion übernehmen könnten, durch europakritische Äußerungen während des Wahlkampfes später auf supranationaler Ebene in Verhandlungen mit Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen an politischem Ansehen verlieren könnten. Wendet man diese Logik konsequent an, so müssten sich konventionelle Parteien generell europafreundliche Positionen zulegen (Aspinwall 2002, 86ff.; Hix 2005, 171). Anti-System-Parteien hingegen haben kaum Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung und können daher mit euroskeptischen Äußerungen bei ihrer StammwählerInnenenschaft punkten (vgl. Hix/Lord 1997; Taggart 1998; Aspinwall 2002). Daher können Parteien des linken wie rechten Randes auch eine ausgeprägt euroskeptische Haltung einnehmen.

Die zweite Erklärgröße für die Richtung der europapolitischen Parteipositionen – die Zugehörigkeit zu bestimmten Parteifamilien – steht in der Tradition der Theorie sozialer Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan (1967). Je nach Operationalisierung ist die Einordnung von Parteien zu Parteifamilien weitgehend deckungsgleich mit der ideologischen Positionierung von Parteien innerhalb der nationalen Parteiensysteme. Daher entspricht die theoretische Erwartung dieses Ansatzes den Überlegungen des ersten Erklärungsfaktors: Sozialdemokratische, christdemokratische und liberale Parteien sollten als im Zentrum des nationalen Parteiensystems verortete Parteien tendenziell europafreundlicher sein als andere Parteifamilien (vgl. Hooghe/Marks 2004, 2; Taggart/Szczerbiak 2004, 5).

Die Konsequenz aus diesen ersten beiden Ansätzen wäre jedoch, dass alle konventionellen Parteien, unabhängig davon ob sie links oder rechts von der Mitte positioniert sind, eine europafreundliche Haltung annehmen, so dass wir keine Varianz in den europapolitischen Parteipositionen erwarten würden. Allerdings variieren Parteipositionen nicht nur zwischen Ländern, sondern auch innerhalb von Ländern über die Zeit (vgl. Ray 2003), was mit den beiden bisher diskutierten Erklärgrößen nicht hinreichend erklärt werden kann. Daher stellt Iversens (1994) Argument bezüglich der strategischen Positionierung von Parteien zur Maximierung ihres Stimmenanteils eine weitere wichtige Erklärgröße dar. Unter der Annahme, dass Parteien ihre WählerInnenstimmen maximieren wollen (vgl. Downs 1957; Adams et al. 2005), könnte der Parteienwettbewerb sie dazu anregen, sich möglichst an den Idealpunkt des Medianwählers anzunähern (Marks et al. 2002, 588; Steenbergen et al. 2007, 16; vgl. auch Carrubba 2001; Sitter 2001; Aarts/van der Kolk 2006). Demnach müsste eine Verknüpfung zwischen der europapolitischen Einstellung der Parteien und der ihrer WählerInnen bestehen. Dies entspricht auch den Überlegungen von Hix (2005, 184), der die These aufstellt, dass eine pro-europäische Haltung von Parteien auch davon abhängt, wie sich die Europapolitik auf ihre nationale Politikagenda und die öffentliche Unterstützung hierfür auswirkt. Eine empirische Bestätigung für dieses Argument konnte Carrubba (2001) liefern, indem er verdeutlicht, dass es einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen den europapolitischen Ausrichtungen der WählerInnen und denjenigen der Parteien gibt.

In der Literatur werden zudem zwei weitere Erklärgrößen behandelt. So argumentiert beispielsweise Pennings (2006), dass die Dauer der EU-Mitgliedschaft einen Einfluss darauf hat, wie früh die Parteien überhaupt eine europapolitische Position eingenommen haben und ob es dann anschließend zu „Maturationeffekten“ kommt. Andere AutorInnen verweisen auf die Relevanz des nationalen Kontextes für die europapolitischen Parteipositionen (vgl. Sitter 2001; Aspinwall 2002; Marks et al. 2002). Allerdings ist oft die kombinierte Erklärungskraft dieser Ländervariablen an der erklärten Gesamtvarianz vergleichsweise gering (vgl. Marks et al. 2002, 591).

Ausgehend von den Befunden in der einschlägigen Forschungsliteratur konzentrieren wir uns in unserem Modell in erster Linie auf zwei Erklärgrößen: die Distanz vom Zentrum der allgemeinen Links-Rechts-Dimension sowie den europapolitischen Präferenzen der WählerInnen.

Nachdem jedoch die theoretischen Erwartungen bezüglich der Distanz vom Zentrum der allgemeinen Links-Rechts-Dimension mit denen des Partiefamilienansatzes weitgehend übereinstimmen, beschreiben wir diesen Kausalzusammenhang mittels der beiden folgenden Hypothesen:

H1.1.: Je weiter eine nationale Partei vom Zentrum der allgemeinen Links-Rechts-Skala entfernt ist, desto wahrscheinlicher nimmt sie eine ablehnende Haltung gegenüber der europäischen Integration ein.

H1.2.: Gehört eine nationale Partei einer traditionell euroskeptisch ausgerichteten Partiefamilie an, sinkt ihre Zustimmung zu einer fortschreitenden europäischen Integration.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass diese beiden Hypothesen inhaltlich ein Stück weit kongruent sind, allerdings beziehen sie sich auf zwei unterschiedliche theoretische Ansätze in der Literatur, so dass wir beide explizit als Hypothesen formulieren und im empirischen Teil testen möchten.

Die zweite Hypothese ist aus theoretischer Sicht eindeutig und lässt sich daher vergleichsweise einfach formulieren:

H2: Je ausgeprägter die euroskeptische Haltung der ParteanhängerInnen, desto stärker wird die jeweilige Partei weitere Schritte in der europäischen Integration ablehnen.

Ausgehend von der Forschungsliteratur nehmen wir in unser Schätzmodell zudem die Dauer der EU-Mitgliedschaft als Kontrollvariable auf, so dass wir Zeitaspekte explizit berücksichtigen können. Als zweite Kontrollvariable dienen die nationalen Kontextfaktoren, welche als länderspezifische Dummy-Variablen für das Parteiensystem in die Regressionsanalyse eingehen. Diese Dummies weisen den Vorteil auf, dass sie die zeitstabile ländertypische Varianz in den Parteiensystemen auffangen. Zuletzt verwenden wir eine zeitversetzte abhängige Variable als weiteren Regressor, um die Wirkung von Pfadabhängigkeit zu messen. Die grundlegende Überlegung hierbei ist, dass die europapolitische Parteiposition zum Zeitpunkt $t+1$ durch die entsprechende Position zum Zeitpunkt t bedingt ist.

Im Gegensatz zu den europapolitischen Parteipositionen können wir für die Identifikation von Erklärern für die Regierungspositionen nicht auf eine gleichermaßen ausführliche und konsistente Literatur zurückgreifen. Auch die Art der Beziehung zwischen Partei- und Regierungspositionen wird in einschlägigen Forschungsarbeiten kontrovers diskutiert. Ausgehend von der Analyse der Regierungspräferenzen im Zuge des Gipfeltreffens von Amsterdam 1997 argumentiert Aspinwall (2002, 106), dass europapolitische Parteipräferenzen die besten Prädiktoren für die korrespondierenden Regierungspositionen seien. An anderer Stelle führt Aspinwall (2007, 112) weiter aus, dass die weitgehende Kongruenz von Partei- und Regierungspositionen durch deren starke ideologische Beeinflussung herrühre. Marks (2004) hingegen betont die Unterschiede zwischen europapolitischen Partei- und Regierungspositionen. Demnach tendieren Parteien in europapolitischen Fragen dazu, ihre Haltung anhand ihrer jeweiligen ideologischen Grundeinstellung zu definieren, während Regierungen ihre Position von territorialen Interessen und den gegebenen Machtkonstellationen zwischen ihnen und anderen Mitgliedstaaten bzw. den supranationalen Institutionen der EU abhängig machen (vgl. hierzu auch Gaffney 1996, 13). Wir nehmen an dieser Stelle nun eine mittlere Position zwischen beiden Perspektiven ein und argumentieren, dass eine bestimmte ideologisch bedingte Verknüpfung zwischen Partei- und Regierungspositionen besteht, diese aber durch weitere Faktoren verstärkt oder abgeschwächt werden kann.

Welche weiteren Faktoren sind für die Herausbildung von europapolitischen Regierungspositionen nun relevant? Gemäß der Untersuchung von Aspinwall (2007) sind drei Faktoren von zentraler Bedeutung: die Positionierung von Regierungen auf einer Links-Rechts-Dimension, die Nettofinanztransfers seitens der EU sowie die öffentliche Meinung zur EU. Hinsichtlich der erstgenannten erklärenden Variable muss angemerkt werden, dass es hierbei primär darum geht, wie weit die Position der Regierung vom Zentrum entfernt liegt und nicht, ob es sich um eine Regierung der linken oder rechten Mitte handelt. Die Modellierung eines solchen Zusammenhangs ist plausibel und knüpft direkt an unsere obigen Erläuterungen zu den Erklärgrößen für Partei-positionen an. Überzeugend ist auch das Argument bezüglich der Nettotransfers, welches in vergleichbarer Form auch von Mattila (2004) sowie Zimmer, Schneider und Dobbins (2005) gemacht wird. Diesen Untersuchungen liegt die empirische Arbeit von Carrubba (1997, 2001) zugrunde, der aufzeigen konnte, dass ein Zusammenhang zwischen nationalen politischen Rahmenbedingungen und der Höhe der Nettotransfers besteht. Somit ist zu erwarten, dass Netto-Empfänger einen Anreiz haben, die europäische Integration zu unterstützen, wohingegen Netto-Zahler theoretisch einen Grund hätten, diese weiteren Integrationsschritte abzulehnen.

Was jedoch die Koppelung europapolitischer Präferenzen der WählerInnen mit der Positionierung von Regierungen betrifft, so gehen wir davon aus, dass diese bestenfalls in loser Form gegeben ist (Aspinwall 2002, 103; vgl. auch Weßels 1995). Diese Erwartung basiert auf verschiedenen empirischen Beobachtungen. So trieben in den 1990er Jahren die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die Wirtschafts- und Währungsunion voran, obgleich die öffentliche Unterstützung für dieses Projekt kontinuierlich abnahm (Eichenberg/Dalton 2007, 142). Hierfür nahm die Regierung Kohl bei den Bundestagswahlen 1998 sogar Stimmenverluste in Kauf (vgl. Pappi/Thurner 2000). Aber weshalb verhalten sich Regierungen so? Einen Erklärungsversuch liefern Laver und Shepsle (1998) sowie Warwick (2001), die argumentieren, dass Regierungen darauf hinwirken, langfristige politische Ziele zu verwirklichen, auch wenn diese nicht sonderlich populär sind. Bei europapolitischen Politikzielen sollte dieses Verhalten sogar noch stärker ausgeprägt sein, wenn man bedenkt, dass diese gegen gegenüber klassischen nationalen Politikfeldern als nachrangige Dimension des Parteienwettbewerbs aufgefasst werden (vgl. Reif/Schmitt 1980).

Aus diesen Überlegungen zur europapolitischen Ausrichtung einer Regierung, deren Verortung auf einer Links-Rechts-Dimension sowie den Finanztransfers innerhalb der EU leiten wir die folgenden beiden Hypothesen ab.

H3: Wenn in einer (Koalitions-)Regierung Parteien aus einer euroskeptischen Parteienfamilie sowie solche Parteien vertreten sind, deren Position auf der allgemeinen Links-Rechts-Achse weit vom Zentrum dieser Dimension entfernt liegen, dann werden die Politikziele dieser Regierung weniger positiv gegenüber weiteren Schritten in der europäischen Integration ausgerichtet sein.

H4: Je stärker ein Land finanziell von der EU profitiert, desto positiver wird die Haltung der jeweiligen Regierung für weitere europäische Integrationsmaßnahmen sein.

Wie bereits im ersten Modell zur Schätzung der Relevanz der verschiedenen Erklärgrößen für die europapolitischen Partei-positionen nehmen wir eine Reihe von Kontrollvariablen in unsere Gleichung auf. Hinsichtlich der Erklärgrößen für Regierungsparteien kontrollieren wir den Anteil der EuroskeptikerInnen in der GesamtwählerInnenschaft. Des Weiteren nehmen wir analog zur Analyse der Determinanten von Partei-positionen Kontrollvariablen für die Dauer der EU-Mitgliedschaft, nationale Kontextfaktoren sowie eine zeitversetzte abhängige Variable in unser Schätzmodell auf.

3. Operationalisierung

Die beiden abhängigen Variablen unserer Analyse sind die europapolitischen Positionen der nationalen Parteien und der (Koalitions-)Regierungen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, der Niederlande und Österreichs seit Beginn der 1980er Jahre. Bei der Auswahl der Untersuchungsländer haben wir darauf geachtet, solche Systeme zu untersuchen, in denen die Anzahl der Parteien, die die Regierung bilden, variiert. So ist setzen sich britische und irische Regierungen in der Regel aus einer Partei bzw. aus einer Koalition mit einer überdominanten Partei zusammen, wohingegen Regierungen in Deutschland, Frankreich und Österreich aus zumeist zwei Parteien und in Belgien und in den Niederlanden sogar aus mehr als zwei Parteien bestehen (vgl. Laver/Schofield 1998, 114f.; Debus 2007, 19f.).

Zur Analyse der Bestimmungsfaktoren der europapolitischen Positionen der nationalen Parteien sind unsere erklärenden Variablen die Zugehörigkeit der jeweiligen Partei zu einer spezifischen „Parteifamilie“, die Position der Parteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension sowie die Haltungen der ParteianhängerInnen zur europäischen Integration. Zusätzlich dazu kontrollieren wir für die Dauer der EU-Mitgliedschaft, nationale Kontextfaktoren in Form von Länderdummies und für die europapolitische Position der jeweiligen Partei zur vorhergehenden Wahl. Die Aufnahme einer zeitversetzten abhängigen Variablen als Schätzer ist bei unserer Datenstruktur notwendig, um seriell unabhängige Fehlerterme zu erhalten, was für eine unverzerrte Erfassung des Zeitaspekts zwingend notwendig ist (vgl. Beck/Katz 2007, 184). Jedoch ist die Aufnahme dieser Variablen auch theoretisch motiviert, da wir von Pfadabhängigkeiten bei der Definition von programmatischen Positionen ausgehen.

Zur Analyse der Determinanten der Regierungspositionen fokussieren wir uns neben den bereits genannten unabhängigen Variablen auf die europapolitischen Präferenzen der GesamtwählerInnenschaft, die Positionen der Regierungsparteien sowie auf die finanziellen Transferleistungen innerhalb der EU. Letztgenannte Variable beinhaltet Informationen über die Höhe der Netto-Zahlungen bzw. Netto-Empfangsleistungen der jeweiligen Länder zum Zeitpunkt einer Regierungsbildung.

Die Daten zu den Nettotransferleistungen der Untersuchungsländer sind aus Rodden (2002) entnommen. Die Positionen der WählerInnen bestimmen wir anhand des vom Zentralarchiv in Köln bereitgestellten kumulativen Eurobarometer-Datensatzes (ZA-Nr. 3521). Die europapolitischen Präferenzen und Positionen von Parteien und Regierungen auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension werden anhand des von Laver, Benoit und Garry (2003) entwickelten *wordscore*-Verfahrens ermittelt.

Die Idee von *wordscore* ist, dass die Wortwahl politischer Akteure in ihren programmatischen Dokumenten oder Reden nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Vielmehr senden beispielsweise Parteien in ihren Wahlprogrammen „ideologische Signale“ (Pappi/Shikano 2004), um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Daher gehen Laver, Benoit und Garry (2003) von der Annahme aus, dass man allein aufgrund der relativen Worthäufigkeit eines Dokuments auf dessen programmatische Position schließen kann. Das Grundprinzip von *wordscore* ist daher, dass man von der relativen Worthäufigkeit eines Textes, dessen Position man als bekannt voraussetzt (so genannte „Referenztexte“), anhand der relativen Häufigkeit jedes Wortes eines unbekanntes Textes auf dessen Inhalt schließen kann (vgl. Laver et al. 2003, 313). Jedem Referenztext und damit allen in dem Text enthaltenen Wörtern wird ein numerischer Referenzwert zugewiesen. Diese Referenzwerte können beispielsweise auf ExpertInnenbefragungen (vgl. Benoit/Laver 2006) oder dem Datensatz des „Comparative Manifesto Project“ (CMP; vgl. Volkens 2001) basieren (vgl.

Linhart/Shikano 2007, 187f.). Von Bedeutung ist an dieser Stelle, dass – ausgenommen der Korrektur der Fehler, die durch das Einscannen der Texte entstehen können – keine manuellen Veränderungen an den programmatischen Dokumenten vorgenommen werden. Somit wird auch nicht zwischen verschiedenen inhaltlichen Abschnitten der jeweiligen Texte unterschieden. In unserem Fall bedeutet dies, dass trotz des Fokus auf die Positionen der politischen Akteure zur europäischen Integration nicht nur die Textabschnitte in die Inhaltsanalyse mit einfließen, die sich mit dem Thema „Europa“ beschäftigen, sondern vielmehr das Dokument insgesamt in die Schätzung mit einbezogen wird. Dadurch sollen Selektionseffekte, die beim manuellen Durchsuchen der Dokumente nach dem jeweiligen Themenbereich entstehen können, vermieden werden.²

Beim *wordscore*-Verfahren kommt der Auswahl der Referenztexte eine große Bedeutung zu. Diese sollten erstens über eine ähnliche Wortstruktur wie die unbekanntenen Texte verfügen, zweitens inhaltlich sich auf die Politikfelder beziehen, die man analysieren will, und drittens so umfangreich wie möglich sein, um den Anteil „gescorter“ Wörter zu erhöhen (vgl. Laver et al. 2003, 314f.). Diese Kriterien werden in der Regel von den Wahlprogrammen der Parteien erfüllt. Um die europapolitischen Positionen der Parteien und (Koalitions-)Regierungen in den sieben hier untersuchten EU-Mitgliedsländern zu bestimmen, werden die Wahlprogramme der Parteien zu den nationalen Parlamentswahlen, die – je nach Land – zwischen 2001 und 2003 stattfanden, als Referenztexte verwendet. Die programmatischen Dokumente, deren europapolitische Position ermittelt wird, sind die Wahlprogramme der Parteien zu nationalen Wahlen. Zur Bestimmung der Positionen der Regierungen legen wir die Koalitionsvereinbarungen und – im Falle Großbritanniens – der Regierungserklärungen zugrunde (vgl. für ein ähnliches Vorgehen Budge/Laver 1993; Warwick 2001; McDonald/Budge 2005). Folgt man der Argumentation von Timmermans (1998, 423; 2006, 265), so dienen solche Dokumente auch der Festlegung künftiger Politikziele (vgl. Müller/Strøm 2000, 140ff.). Damit können Koalitionsabkommen und Regierungserklärungen auch verwendet werden, um zu messen, welche politikfeldspezifischen Positionen die Regierung in der kommenden Legislaturperiode vertreten wird oder welcher Koalitionspartner sich in inhaltlichen Fragen am besten durchgesetzt hat (vgl. Debus 2007, 177f.). Die folgende Tabelle 1 gibt den genauen Untersuchungszeitraum je Land und die Anzahl der analysierten programmatischen Dokumente wieder.

Die Referenzpositionen zu der untersuchten Politikdimension – für oder gegen weitere Maßnahmen zur europäischen Integration – werden der Expertenbefragung von Marks et al. (2006) entnommen. In letztgenannter Studie wurden zwischen September 2002 und April 2003 auf der Grundlage der Antworten von 238 ExpertInnen die Positionen der Führungsspitze nationaler Parteien unter anderem zum Politikfeld Europäische Integration befragt. Die Befragten konnten die Parteien auf einer von eins bis sieben reichenden Skala einstufen. Während der Wert „1“ eine ablehnende Haltung gegenüber weiteren Fortschritten bei der europäischen Einigung bedeutet („strongly opposed to European integration“ in der Studie von Marks et al. 2006), gibt ein Wert von „7“ an, dass die jeweilige Partei oder Regierung weiteren europäischen Integrationsmaßnahmen gegenüber sehr aufgeschlossen ist („strongly in favor of European integration“).³ Die europapolitischen Positionen der nationalen Parteien und Regierungen werden somit auf der Grundlage des Wortschatzes, der in den programmatischen Dokumenten bei den Wahlen zwischen 2001 und 2003 verwendet wurde, im Zeitverlauf rückwärts geschätzt. Dies kann mit Hinblick auf die sich in einer Zeitspanne von mehr als 20 Jahren verändernde Sprachstruktur und Wortbedeutung problematisch sein. Am Beispiel der dänischen Parteien können Klemmensen, Hobolt und Hansen (2007) anhand eines Vergleichs zwischen den mit *wordscore* geschätzten und den sich aus dem CMP-Datensatz ergebenden Positionen zeigen, dass sogar für den Zeitraum von

1945 bis 2005 nicht nur mit Hilfe des *wordscore*-Verfahrens stabile Ergebnisse erzielt werden können, sondern dass diese auch gegenüber den CMP-Daten eine hohe Validität aufweisen.

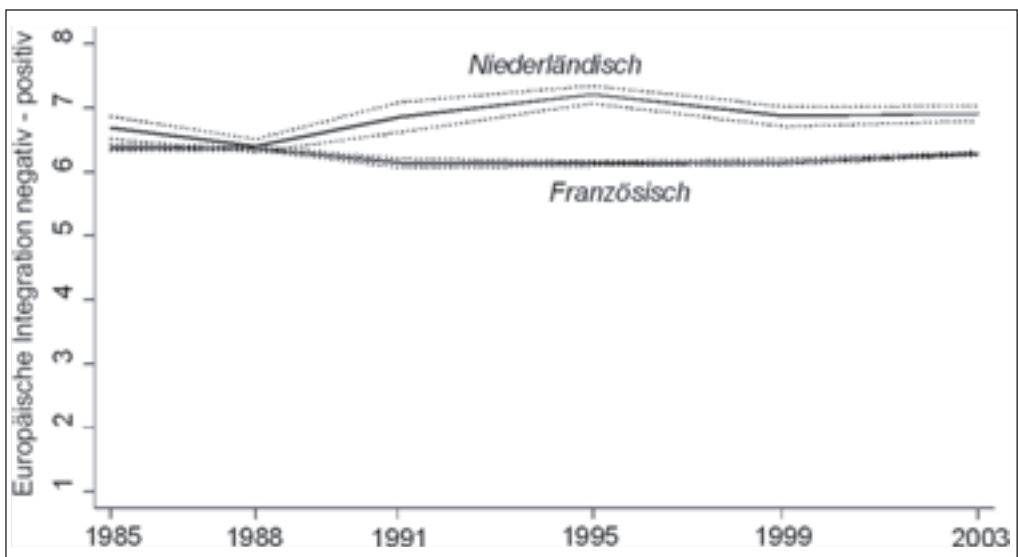
Die in Abbildung 1 dargestellten europapolitischen Positionen der belgischen Regierungskoalitionen veranschaulichen ebenfalls die Robustheit des hier angewandten inhaltsanalytischen Verfahrens. Aufgrund der sprachlichen Spaltung Belgiens sind alle offiziellen Dokumente der Regierung und damit auch die Koalitionsabkommen zweisprachig. Derselbe Inhalt ist somit einmal in französischer und einmal in niederländischer Sprache verfasst. Die auf Niederländisch verfassten Dokumente sollten daher dieselbe programmatische Position aufweisen wie die französischsprachigen. Die Position der in niederländisch verfassten Koalitionsabkommen kann jedoch nur mit den Wahlprogrammen der flämischen Parteien geschätzt werden; die Positionen der französischsprachigen Versionen der Koalitionsverträge können nur mit den wallonischen

Tabelle 1: Anzahl der analysierten programmatischen Dokumente

	<i>Wahlprogramme</i>	<i>Koalitionsabkommen/ Regierungserklärungen</i>
Belgien (198–2003)	63	6
Deutschland (1980–2005)	40	9
Frankreich (1986–2002)	27	2
Großbritannien (1979–2005)	26	18
Irland (1982–2002)	34	6
Niederlande (1977–2006)	91	10
Österreich (1979–2006)	39	8
<i>N</i>	320	59

Anmerkungen: Im Falle Frankreichs liegen nur die Koalitionsabkommen der 1986 und 1993 gebildeten Regierungen vor.

Abbildung 1: Europapolitische Positionen der belgischen Koalitionsabkommen, getrennt nach sprachlicher Version (Konfidenzintervalle in gepunkteten Linien)



Wahlprogrammen bestimmt werden. Wenn man dies tut, so können unter Anwendung von *wordscore* sehr ähnliche Positionen geschätzt werden: Die in Abbildung 1 abgetragenen europapolitischen Positionen der belgischen Regierungen auf der Grundlage der französischsprachigen Version einerseits und der niederländischen Version andererseits unterscheiden sich nur in sehr geringem Ausmaß. Mit Hinblick auf die möglicherweise aufgrund eines sich verändernden Wortschatzes größer werdende Unsicherheit in den mit *wordscore* geschätzten Positionen wird in Abbildung 1 zudem deutlich, dass die Größe des Konfidenzintervalls der europapolitischen Positionen der belgischen Koalitionsabkommen – sei es in der niederländisch- oder in der französischsprachigen Version – sich im Zeitverlauf nicht ändert und damit die hier angewandte rückwärtige Schätzung der Partei- und Regierungspositionen nicht problematisch ist. Allerdings ist ein großer Nachteil des *wordscore*-Verfahrens, dass es ressourcenintensiv ist, weil die zu untersuchenden Dokumente identifiziert, bestellt und anschließend in eine computerlesbare Form gebracht werden müssen. Daher mussten wir uns bei unserer Analyse auf sieben EU-Mitgliedstaaten beschränken, was die Generalisierbarkeit unserer Ergebnisse einschränkt.

4. Analyse

Zur Evaluation unserer Hypothesen werden wir zunächst die europapolitischen Positionen der nationalen Parteien sowie Regierungen näher beschreiben. Hierbei beschränken wir uns auf solche Beispiele, die sich in der Analyse als idealtypisch herausgestellt haben. Dies sind zum einen jene Mitgliedstaaten, deren relevante Parteien sich in ihren europapolitischen Haltungen deutlich unterscheiden und zudem markante Veränderungen in ihren europapolitischen Zielen im Untersuchungszeitraum vollzogen haben. Zum anderen gibt es eine Gruppe unter den sieben hier untersuchten Ländern, deren Parteien wenig Varianz in den europapolitischen Positionen sowohl im Zeitverlauf als auch im Verhältnis untereinander aufweisen.

In einem zweiten Schritt wird evaluiert, ob sich die europapolitischen Ziele der Regierungen, gemessen über den Inhalt der Koalitionsabkommen oder Regierungserklärungen, von denjenigen der Regierungsparteien, die anhand der Wahlprogramme ermittelt wurden, signifikant unterscheiden. Im Anschluss an die Datendeskription werden die Determinanten der europapolitischen Positionen der nationalen Parteien wie der Regierungen mit der Hilfe von Regressionsanalysen untersucht.

4.1. Deskription der Daten

Die Muster des Parteienwettbewerbs in den sieben hier untersuchten Parteiensystemen lassen sich in zwei Gruppen untergliedern. Die erste Gruppe ist sowohl durch ein hohes Maß an interner Heterogenität in den europapolitischen Positionen der im Parlament vertretenen Parteien gekennzeichnet als auch durch ein großes Ausmaß an programmatischem Wandel im Zeitverlauf. Dieser Kategorie gehören Großbritannien, Frankreich, Irland und Österreich an. Hier stellt die Europapolitik offenbar ein nicht unbedeutendes Thema in nationalen Wahlkämpfen dar, was die Mobilisierung breiterer WählerInnenschichten ermöglicht und somit einen Anreiz für politische Parteien bildet, unterschiedliche Positionen einzunehmen. In der Tat nehmen in diesen Ländern nicht nur marginale Kleinparteien, sondern auch an der Regierung mitunter beteiligte Parteien wie die britischen Konservativen, die französischen Gaullisten, die irische Labour Party und die

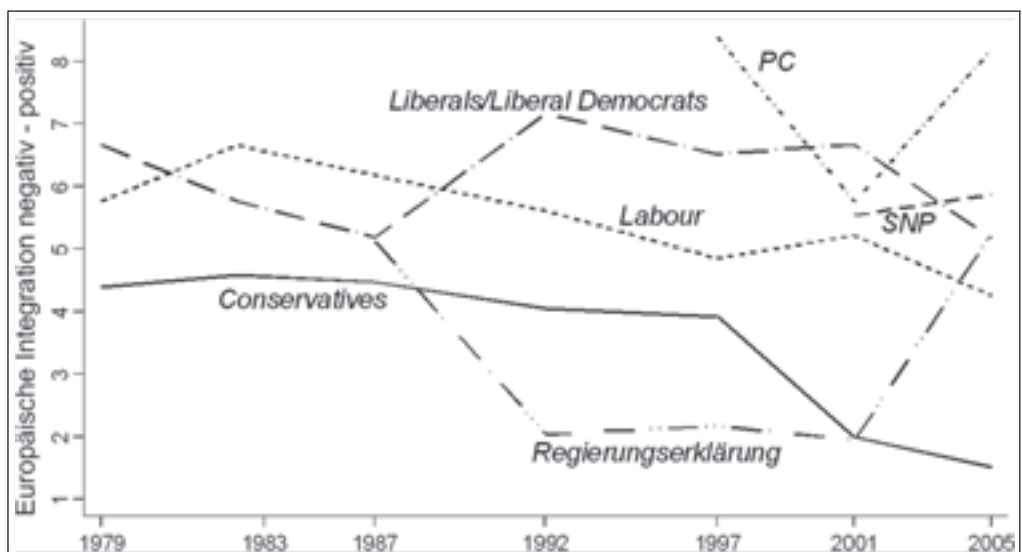
österreichische Freiheitliche Partei skeptisch bis ablehnende Haltungen gegenüber weiteren Schritten in der europäischen Integration ein.

Im Gegensatz zu dieser Gruppe von Ländern nehmen in Belgien, Deutschland und den Niederlanden lediglich klassische „Anti-System-Parteien“ wie der rechtsextreme und separatistische „Vlaams Belang“ (bis 2005: „Vlaams Blok“) in Belgien, die calvinistischen Kleinparteien in den Niederlanden und linkssozialistische Parteien wie die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS; seit 2007: Die Linke) in Deutschland oder die niederländische Sozialistische Partei (SP) skeptisch bis ablehnende Positionen gegenüber der EU ein. Zur Verdeutlichung soll im Folgenden kurz auf zwei Beispiele eingegangen werden, die die beiden hier identifizierten Typen des Parteienwettbewerbs adäquat widerspiegeln. Dies sind die europapolitischen Positionen der britischen Parteien einerseits und der deutschen Parteien andererseits.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der europapolitischen Standpunkte der britischen Parteien seit den Unterhauswahlen 1979. Ebenfalls verdeutlicht das Schaubild die Positionen der britischen Regierungen – gemessen anhand der Regierungserklärungen – für den Zeitraum zwischen 1987 und 2005. Im Hinblick auf die Parteipositionen wird zunächst deutlich, dass es eine Tendenz hin zu euroskeptischeren Haltungen im Zeitverlauf gibt. Dies gilt insbesondere für die Konservativen, die ihre euroskeptische Haltung seit ihrem Regierungsverlust 1997 noch verstärkt haben, aber auch für die Labour Party seit Mitte 1980er Jahre. Die Liberaldemokraten sind neben den beiden Regionalparteien, den Schottischen Nationalisten (SNP) und der Partei für Wales (PC), am europafreundlichsten, was bereits eine erste Evidenz für den Partefamilien-Ansatz darstellt (vgl. Hix 2005, 181ff.).

Bezieht man nun in die Interpretation der Parteipositionen die europapolitische Haltung der britischen Regierungen zwischen 1987 und 2005 mit ein, so wird die Divergenz zwischen den Positionen der jeweiligen Regierungsparteien – den Konservativen von 1987 bis 1997 und der Labour Party seit 1997 – deutlich. Während die Position der 1987 gebildeten konservativen Regierung unter Margret Thatcher noch nahe an der Position des Wahlmanifests der Konservativen

Abbildung 2: Die europapolitischen Positionen der britischen Parteien und Regierungen seit 1979



Partei lag, so war die Position der Regierung des ebenfalls konservativen Premierministers John Major deutlich negativer gegenüber der EU eingestellt als noch im Wahlkampf kommuniziert wurde. Auch die Regierung von Tony Blair legte 1997 und 2001 ein deutlich euroskeptischeres Programm an den Tag, als es das sozialdemokratische Wahlprogramm es vermuten ließ. Lediglich nach den Unterhauswahlen 2005 änderte sich die Haltung der Regierung hin zu moderat-positiven Positionen zur EU, womit sie sich ansatzweise dem Wahlmanifest der Labour Party näherte.

Bei den im deutschen Bundestag vertretenen Parteien gibt es im Gegensatz zu Großbritannien weder zwischen den Parteien noch im Zeitverlauf große Unterschiede (siehe Abbildung 3). Die Christdemokraten (CDU/CSU) und insbesondere die Liberalen (FDP) sind die integrationsfreundlichsten politischen Kräfte. Etwas euroskeptischer in ihren Einstellungen, vor allem während der 1980er und 1990er Jahre, sind die Sozialdemokraten (SPD) und die Grünen (seit 1991: Bündnis 90/Die Grünen). Die einzige Partei, die verstärkt gegen europäische Integrationsmaßnahmen eintritt, ist die aus der ehemaligen Staatspartei der Deutschen Demokratischen Republik hervorgegangene sozialistische PDS.⁴ Diese Beobachtung ist sowohl ein weiteres Indiz für den Parteifamilien-Ansatz als auch für die theoretische Erwartung, dass Parteien des linken oder rechten Spektrums tendenziell europaskeptisch eingestellt sind.

Ähnlich wie in Großbritannien, wenn auch in geringerem Ausmaß, unterscheiden sich die europapolitischen Positionen von Regierungsparteien und Regierungen in Deutschland. Sowohl das von 1980 bis 1982 bestehende dritte sozialliberale Kabinett von Kanzler Helmut Schmidt (SPD) als auch das zwischen 1982 und 1998 amtierende Bündnis aus CDU/CSU und FDP unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) formulierten positivere europapolitische Positionen als die korrespondierenden Parteien im Wahlkampf. Nach dem Wechsel zu einer rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wurde die Haltung der deutschen Bundesregierung zwar leicht euroskeptischer, war aber dennoch leicht positiver als die Positionen der beiden Koalitionsparteien SPD und Bündnis90/Grüne. Die nach den vorgezogenen Neuwahlen 2005 gebildete Regierung aus den beiden großen Parteien Union und SPD unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nahm im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung wieder eine deutlich europafreundlichere Haltung ein, wobei der Idealpunkt der Regierungskoalition nahezu an der Position des Wahlprogramms von CDU und CSU aus dem Jahr 2005 liegt.

Auch für die anderen Länder lassen sich solche Differenzen zwischen der Position der Regierung und der europapolitischen Haltung der Regierungsparteien feststellen. Sind nun aber die europapolitischen Politikziele der Regierungen signifikant verschieden von den Positionen der Parteien? Tabelle 2 gibt die Ergebnisse eines getrennt nach den hier untersuchten Ländern vorgenommenen Mittelwertvergleichs wieder. Als Erwartungswert für die Haltung einer Regierung wird der mit den Sitzanteilen gewichtete arithmetische Mittelwert, das so genannte „centre of gravity“ (vgl. Gross/Siegelman 1984; Cusack 1997), das sich aus den Positionen der Regierungsparteien zur europäischen Integration ergibt, herangezogen.

Lediglich die europapolitischen Positionen der britischen, österreichischen und irischen Regierungen sind im Durchschnitt betrachtet euroskeptischer als die mittlere Position der Parteien, die die Regierung gebildet haben. In den vier anderen Mitgliedstaaten sind die Regierungen im Mittel betrachtet europafreundlicher als die Regierungsparteien. Auf der Grundlage des Mittelwertvergleichs zeigt sich, dass lediglich das arithmetische Mittel der gemessenen Positionen der französischen, irischen und der niederländischen Regierungen nicht signifikant verschieden ist vom Mittelwert des „centre of gravity“ der europapolitischen Standpunkte der Regierungsparteien. Es erscheint daher sinnvoll, die Bestimmungsgründe der europapolitischen Positionen der Parteien und Regierungen getrennt voneinander zu analysieren.

Abbildung 3: Europapolitische Positionen der deutschen Parteien und Regierungen seit 1980

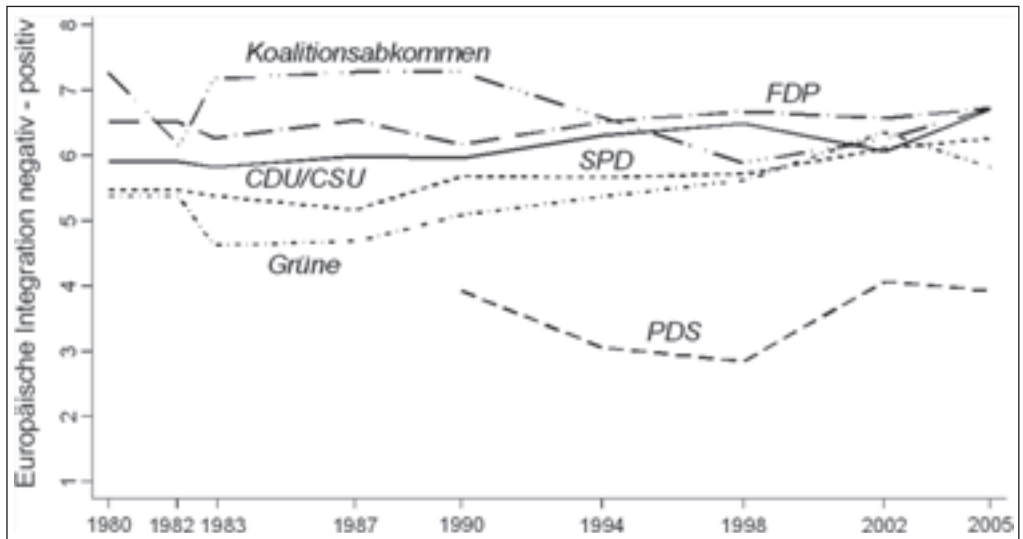


Tabelle 2: Mittelwerttest zwischen gemessener und erwarteter europapolitischer Position der nationalen Regierungen

Land	Europapolitische Position der Regierung	SD	N	Erwartete europapolitische Position der Regierung („centre of gravity“)	SD	N	Differenz
Belgien	6,54	0,10	6	6,00	0,10	6	0,54***
Deutschland	6,74	0,58	8	5,98	0,22	8	0,75**
Frankreich	4,29	1,13	2	3,93	0,28	2	0,36
Großbritannien	2,82	1,53	4	4,60	0,40	4	-1,83*
Irland	5,27	1,41	6	5,92	0,44	6	-0,65
Niederlande	5,00	0,46	7	4,98	0,38	7	0,02
Österreich	3,76	1,23	6	5,85	1,17	6	-2,08**

Anmerkungen: *** $p < .01$, ** $p < .05$, * $p < .10$.

4.2. Analyse

Zur Bestimmung der Determinanten für die europapolitischen Partei- und Regierungspositionen verwenden wir neben auf dem Prinzip der kleinsten Quadrate (OLS) beruhenden multivariaten Regressionsmodellen auch solche, die mit Panel-korrigierten Standardfehlern arbeiten (vgl. Beck/Katz 1995). Damit kann zum einen die Robustheit der Ergebnisse überprüft werden und zum andern mit dem letztgenannten Regressionsmodell unserer Datenstruktur Rechnung getragen werden, die in Form einer Zeitreihe strukturiert ist und somit durch die Heranziehung panel-korrigierter Standardfehler die Gefahr von Panel-Heteroskedasitzität und zeitgleicher Korrelation minimiert wird.

Tabelle 3 gibt die Ergebnisse der Regression auf die europapolitischen Positionen der Parteien in den hier untersuchten Ländern wieder. Die abhängige Variable ist die mit dem *wordscore*-Verfahren ermittelte Haltung einer Partei zur europäischen Integration. In die Analyse gehen von den 241 Beobachtungen lediglich 186 ein, da das Heranziehen der europapolitischen Position der Parteien zur vorhergehenden Wahl zum Verlust jeweils einer Beobachtung pro Partei führt. Beide Regressionsmodelle liefern ähnliche Ergebnisse mit Hinblick auf Signifikanz und Richtung der geschätzten Koeffizienten. Die Analyseergebnisse bestätigen die Mehrzahl der von uns anfangs formulierten theoretischen Erwartungen: Je höher der Anteil der EuroskeptikerInnen unter den WählerInnen einer bestimmten Partei, desto negativer ist die europapolitische Haltung der jeweiligen Partei. Wenn eine Partei einer euroskeptischen Parteifamilie entstammt bzw. weit von

Tabelle 3: Determinanten der europapolitischen Positionen nationaler Parteien

	Modell 1 (OLS-Regression mit fixed effects)	Modell 2 (OLS-Regression mit Panel-korrigierten Standardfehlern)
Anteil der EuroskeptikerInnen unter den Parteianhängern in %	-0.019 (0.008)**	-0.013 (0.007)*
Partei aus euroskeptischer Parteifamilie	-0.457 (0.232)*	-0.524 (0.255)**
Belgische Parteien	-0.116 (0.179)	
Britische Parteien	0.174 (0.312)	
Französische Parteien	-0.456 (0.256)*	
Irische Parteien	-0.014 (0.250)	
Niederländische Parteien	-0.338 (0.195)*	
Österreichische Parteien	0.727 (0.470)	
Dauer der EU-Mitgliedschaft (in Jahren)	0.023 (0.009)***	0.013 (0.005)**
Distanz Partei – Zentrum der Links-Rechts-Dimension	-0.057 (0.022)**	-0.049 (0.020)**
Distanz Partei – Zentrum der Links-Rechts-Dimension (quadriert)	0.125 (0.124)	0.112 (0.144)
Europapolitische Position der Partei zum Zeitpunkt t-1	0.576 (0.053)***	0.635 (0.066)***
Konstante	1.887 (0.480)***	1.733 (0.446)***
N	186	186
R ²	0.75	0.73
Adj. R ²	0.73	
Anzahl der Gruppen		50
Wald $\chi^2(6)$		534.25

Anmerkungen: Die europapolitischen Positionen der deutschen Parteien stellen in Modell 1 die Referenzkategorie dar. Die Effekte sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: *** $p < .01$, ** $p < .05$, * $p < .10$.

der politischen Mitte entfernt ist, dann ist sie ebenfalls gegenüber der EU ablehnender eingestellt. Der Koeffizient der einfachen Distanz weist einen negativen Effekt auf, wohingegen der Koeffizient der quadrierten Distanz positiv und nicht signifikant ist.⁵ Es gibt auch empirische Evidenz dafür, dass mit zunehmender Dauer der EU-Mitgliedschaft eines Landes die Haltung der jeweiligen Parteien gegenüber der europäischen Einigung generell freundlicher wird. Die als Kontrollvariable eingefügte zeitversetzte abhängige Variable erweist sich ebenfalls als positiv und statistisch signifikant: Politische Parteien orientieren sich damit deutlich an den europapolitischen Standpunkten, die sie bei der vorhergehenden Wahl bezogen haben.

Welche Faktoren haben nun einen Einfluss auf die Haltungen der nationalen Regierungen zur europäischen Integration? Zunächst liefert das erste Regressionsmodell, das Dummy-Variablen für die einzelnen Länder mit einschließt, nur für zwei unabhängige Variablen Effekte, die signifikant verschieden von Null sind. Dies liegt zum einen an der geringen Fallzahl von in die Analyse mit einbeziehenden Regierungspositionen, da durch den Einschluss der zeitverzögerten abhängigen Variable als zusätzlichem erklärendem Faktor die Zahl der Beobachtungen von 36 auf 29 sinkt, und zum anderen an der relativ hohen Anzahl unabhängiger Variablen aufgrund der Berücksichtigung von Länderdummys. Wir konzentrieren uns daher im Folgenden auf die Ergebnisse, die das zweite in Tabelle 4 präsentierte Regressionsmodell liefert. Dieses zeigt einige nicht antizipierte Ergebnisse auf. So zeigt sich, dass die Netto-Transferleistungen unter Kontrolle aller übrigen unabhängigen Variablen keinen signifikanten Einfluss auf die europapolitische Position der Regierungen haben. Der auf dem 10%-Niveau knapp insignifikante Koeffizient weist zudem das nicht vermutete negative Vorzeichen auf. Dies würde bedeuten, dass höhere Zahlungen der EU an die Mitgliedsländer zu einer skeptischeren Position der nationalen Regierungen im Hinblick auf weiterführende Schritte in der europäischen Integration führen.

Von Relevanz ist hingegen die Variable, die die einfache Distanz zwischen dem ideologischen „centre of gravity“ der Regierungsparteien vom Zentrum der allgemeinen Links-Rechts-Achse wiedergibt. Je größer die Distanz zwischen der mit der Sitzstärke der Regierungsparteien gewichteten Links-Rechts-Position und der Mitte der ideologischen Links-Rechts-Dimension, desto skeptischer sind die Regierungen im Hinblick auf weitere Schritte in der europäischen Einigung. Entgegen der theoretischen Erwartungen sind solche Regierungen deutlich freundlicher gegenüber der europäischen Integration eingestellt, an denen eine aus einer traditionell euroskeptischen Parteifamilie stammende politische Kraft vertreten ist. Dies geht einher mit dem positiven Effekt der quadrierten Distanz zwischen dem gewichteten Mittelwert der Positionen der Regierungsparteien und dem Zentrum der allgemeinen Links-Rechts-Skala. Offenbar weichen gerade solche Regierungen, die aus Parteien mit verstärkt euroskeptischen Äußerungen in ihren Wahlplattformen bestehen, in ihren nach der Wahl veröffentlichten programmatischen Zielsetzungen von vorher getätigten Aussagen zumindest in diesem Politikfeld ab. Somit kann die dritte Hypothese nicht, und die vierte Hypothese nur bedingt bestätigt werden. Hingegen ergibt sich wie im Fall der politischen Parteien ein signifikanter und positiver Effekt der europapolitischen Position der Vorgängerregierung, was auf eine gewisse Konsistenz und Pfadabhängigkeit in der Politikformulierung nationaler Regierungen hinweist.

Überraschenderweise zeigt sich aber ein statistisch signifikanter negativer Effekt des Anteils der EuroskeptikerInnen in der gesamten WählerInnenschaft. Dies ist umso mehr von Bedeutung, als dass für die erwartete europapolitische Position der Regierung, also dem mit den Sitzanteilen gewichteten Mittelwert der Positionen der jeweiligen Regierungspartei(en), kontrolliert wird. Trotz des signifikant positiven Effekts der europapolitischen Haltung der Regierungsparteien auf die Position der Regierung in Form des Koalitionsabkommens oder der Regierungserklärung

haben die Präferenzen des Elektorats einen Einfluss auf die Europapolitik der Regierung. Aus dem demokratietheoretischen Blickwinkel betrachtet bedeutet dies, dass die Regierungen während des Formulierens ihrer europapolitischen Politikziele nicht nur die Standpunkte ihrer Parteien mit einbeziehen, sondern auch die der WählerInnenenschaft insgesamt berücksichtigen. Diesem Ergebnis zufolge gibt es keinen Beleg für die gerade in europapolitischen Fragen vielfach wahrgenommene Differenz zwischen den politischen Zielen der politischen Elite – Parteien und Regierung – einerseits und den Vorstellungen der BürgerInnen andererseits (vgl. Thomassen/Schmitt 1997; 1999; Powell 2000; 2004; Mattila/Raunio 2006).

Tabelle 4: Determinanten der europapolitischen Positionen nationaler Regierungen

	Modell 1 (OLS Regression mit fixed effects)	Modell 2 (OLS Regression mit Panel-korrigierten Standardfehlern)
Anteil der EuroskeptikerInnen im Gesamtelektorat in %	-0.143 (0.070)*	-0.114 (0.021)***
Netto-Transferleistungen (pro Einwohner)	-2.680 (1.989)	-0.983 (0.730)
Belgische Regierungen	-0.262 (0.436)	
Britische Regierungen	-1.159 (1.548)	
Französische Regierungen	2.134 (2.304)	
Irische Regierungen	0.347 (1.209)	
Niederländische Regierungen	-1.240 (0.846)	
Österreichische Regierungen	-0.526 (1.695)	
Partei aus euroskeptischer Partiefamilie in Regierung	2.806 (1.911)	1.242 (0.540)**
Links-Rechts-Position der Regierungsparteien („centre of gravity“) Distanz Regierung – Zentrum der Links-Rechts-Dimension	0.687 (0.997)	-0.609 (0.324)*
Links-Rechts-Position der Regierungsparteien („centre of gravity“) Distanz Regierung – Zentrum der Links-Rechts-Dimension (quadriert)	-0.275 (0.435)	0.351 (0.089)***
Europapolitische Position der Regierungsparteien („centre of gravity“)	0.878 (0.476)*	1.275 (0.211)***
Europapolitische Position der Regierung zum Zeitpunkt t-1	-0.054 (0.236)	0.285 (0.132)**
Dauer der EU-Mitgliedschaft (in Jahren)	0.007 (0.024)	-0.000 (0.013)

Konstante	2.171 (3.466)	-2.031 (0.982)**
N	29	29
R ²	0.92	0.89
Adj. R ²	0.84	
Anzahl der Gruppen		7
Wald $\chi^2(8)$		377.52

Anmerkungen: Die europapolitischen Positionen der deutschen Regierungen stellen in Modell 1 die Referenzkategorie dar. Die Effekte sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: *** $p < .01$, ** $p < .05$, * $p < .10$.

5. Schlussbetrachtung und Ausblick

Unsere Analyse hat verdeutlicht, dass zwischen den allgemeinen europolitischen Positionen von Regierungsparteien einerseits und Regierung andererseits ein nicht zu vernachlässigender Unterschied besteht, so dass eine alleinige Verwendung von Parteipositionen zur Schätzung von Regierungspositionen zu verzerrten Ergebnissen führen kann. Unser Ergebnis relativiert sowohl Aspinwalls (2007) Argument bezüglich der ideologisch bedingten Kongruenz von Partei- und Regierungspositionen als auch Marks (2004) Auffassung, dass Partei- und Regierungspositionen stark divergieren. Zwar können wir Marks Argument hinsichtlich der nicht alleine ausschlaggebenden Bedeutung ideologischer Faktoren bestätigen, müssen aber ergänzen, dass bei der Präferenzbildung von Parteien und Regierungen die öffentliche Meinung zur EU von Relevanz ist. So lässt sich festhalten, dass Parteien ihre Einstellung gegenüber einer fortschreitenden europäischen Integration von den Präferenzen ihrer Anhängerschaft abhängig machen, während Regierungen im Sinne ihrer Repräsentanzfunktion die europapolitische Haltung der gesamten WählerInnenschaft offenbar mit berücksichtigen. Dieses Ergebnis trägt zu einem besseren theoretischen Verständnis von der europapolitischen Präferenzbildung von Parteien und Regierungen auf der einen Seite sowie deren Beziehung zueinander auf der anderen Seite bei.

Hieraus lässt sich folgern, dass das oft beschworene „Demokratiedefizit“ (vgl. Rohrschneider 2002; Hix 2005, 177ff.) der EU zumindest bezogen auf die Präferenzbildung bei nationalen Parteien und Regierungen nicht unbedingt gegeben ist. Parteien wie Regierungen verhalten sich responsiv gegenüber der Integrationspräferenzen ihrer AnhängerInnen, so dass die politische Meinungsbildung nicht so elitär stattfindet, wie dies gerne behauptet wird. Dies kann wiederum als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass die Europapolitik durchaus eine wachsende Relevanz für den nationalen Parteienwettbewerb gewinnt und somit nicht mehr gegenüber klassischen nationalen Themen wie Wirtschafts- und Sozialpolitik als nachrangig eingestuft werden kann. Diese Perspektive wird auch durch die jüngsten politischen Entwicklungen in Österreich gestützt. So führten Vertreter der Österreichischen Volkspartei den europapolitischen Richtungswechsel ihres sozialdemokratischen Regierungspartners als Grund für ihre Aufkündigung der großen Koalition an (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 2008, 6). Diese gewachsene Bedeutung der Europapolitik für den nationalen Parteienwettbewerb resultiert sicher auch aus der fortschreitenden Integration und der Tatsache, dass heute Brüssel selbst in vielen vormals streng national geprägten Politikfeldern wie beispielsweise der Sozialpolitik einen nennenswerten Einfluss ausübt.

Allerdings können wir diese Befunde nur auf die hier untersuchten sieben Mitgliedstaaten beziehen. Daher sollte unsere Fragestellung auf weitere bzw. im Idealfall alle EU-Länder ausgeweitet werden, um so die Robustheit der hier präsentierten Ergebnisse zu überprüfen. Besonders attraktiv wäre vor diesem Hintergrund ein systematischer Vergleich zwischen den europapolitischen Partei- und Regierungspositionen in „alten“ sowie den „neuen“ EU-Mitgliedstaaten. Schließlich wäre es des Weiteren wünschenswert, wenn in einem EU-weiten Survey die Position der WählerInnen auf einer ähnlichen Dimension abgefragt werden würde wie sie von Marks et al. (2006) zur Bestimmung der europapolitischen Positionen der Parteien entwickelt worden sind. Ein solches Survey würde es erleichtern, den – nach den Ergebnissen dieser Studie offenbar bestehenden – Zusammenhang zwischen der europapolitischen Ausrichtung von Parteien und Regierungen einerseits sowie die des Elektorats andererseits systematischer zu analysieren und somit einen größeren analytischen Mehrwert zu erzielen.

ANMERKUNGEN

- 1 Frühere Versionen dieses Aufsatzes wurden bei der CONNEX Konferenz in Barcelona vom 7. bis 9. Juni 2007 sowie bei der ECPR Konferenz in Pisa vom 6. bis 8. September 2007 vorgestellt. Vor diesem Hintergrund möchten wir Christine Neuhold und Fabio Franchino sowie den weiteren KonferenzteilnehmerInnen für ihre hilfreichen Anmerkungen danken. Des Weiteren möchten wir uns bei Thomas Bräuninger, Christoph Knill, Jonathan Schad, Peter Selb und dem anonymen Gutachter für ihre Kommentare und Überarbeitungsvorschläge bedanken.
- 2 Ein Problem des manuellen Durchsuchens von politischen Texten nach bestimmten Politikfeldern besteht darin, dass bei weitem nicht immer nur von dem Thema gesprochen wird, von dem man es laut der Kapitelüberschrift eines Wahlprogramms oder eines Koalitionsabkommens erwarten würde. So finden sich Referenzen zum Thema „Europäische Integration“ nicht nur in einem Abschnitt über „Europa“ – sofern dieser überhaupt existiert –, sondern auch in anderen Themenabschnitten des Dokuments wie der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik, in der die EU und ihre institutionellen Einrichtungen eine immer größere Bedeutung erlangen (vgl. Héritier et al. 2001). Ein computergestütztes inhaltsanalytisches Verfahren, das die manuelle Extraktion von Textabschnitten, die zu bestimmten Politikbereichen gehören, voraussetzt, ist das von Slapin und Proksch (2008) entwickelte Programm *wordfish*. Für eine Diskussion über die Vor- und Nachteile des *wordscore*-Verfahrens vgl. Benoit und Laver (2007) sowie Budge und Pennings (2007a; 2007b).
- 3 Die Methode der Standardisierung nach Laver, Benoit und Garry (2003) kann dazu führen, dass das von den Referenzdaten vorgegebene Intervall – hier zwischen den Werten von 1 bis 7 – unter- bzw. überschritten wird. Für eine alternative Standardisierungsmethode von mit *wordscore* gewonnenen Positionen, die jedoch auch mit gewissen Problemen behaftet ist (Debus 2007, 146f.), vgl. Martin und Vanberg (2008).
- 4 Zur Bundestagswahl 2005 trat die PDS unter dem Namen „Die Linkspartei.PDS“ an.
- 5 Mit der Einbeziehung der quadrierten Distanz zusätzlich zum einfachen Betrag des Abstands zwischen der Position der Partei vom Zentrum der Links-Rechts-Dimension wird für ein kurvilineares Verhältnis kontrolliert.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aarts, Kees/Henk van der Kolk (2006). Understanding the Dutch „No“: The Euro, the East, and the Elite, in: *Political Science & Politics*, Vol. 39(1), 243–246.
- Adams, James F./Samuel Merrill/Bernard Grofman (2005). *A unified theory of party competition. A cross-national analysis integrating spatial and behavioural factors*, Cambridge.
- Aspinwall, Mark (2002). Preferring Europe: Ideology and National Preferences on European Integration, in: *European Union Politics*, Vol. 13(1), 81–111.
- Aspinwall, Mark (2007). Government Preferences on European Integration: An Empirical Test of Five Theories, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 37(1), 89–114.
- Benoit, Kenneth/Michael Laver (2006). *Party Policy in Modern Democracies*, London/New York.
- Benoit, Kenneth/Michael Laver (2007). Benchmarks for text analysis: A response to Budge and Pennings, in: *Electoral Studies*, Vol. 26(1), 130–135.
- Beck, Nathaniel/Jonathan N. Katz (1995). What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data, in: *American Political Science Review*, Vol. 89(3), 634–647.

- Beck, Nathaniel/Jonathan N. Katz (2007): Random Coefficient Models for Time-Series–Cross-Section-Data: Monte Carlo Experiments, in: *Political Analysis*, Vol. 15(2), 182–195.
- Binder, Tanja/Andreas M. Wüst (2004): Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979–1999, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B17/2004, 38–45.
- Budge, Ian/Michael Laver (1993): The Policy Basis of Government Coalitions: A Comparative Investigation, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 23(4), 499–519.
- Budge, Ian/Paul Pennings (2007a): Do they work? Validating computerised word frequency estimates against policy series, in: *Electoral Studies*, Vol. 26(1), 121–129.
- Budge, Ian/Paul Pennings (2007b): Missing the message and shooting the messenger: Benoit and Laver's 'response', in: *Electoral Studies*, Vol. 26(1), 136–141.
- Carrubba, Clifford (1997): Net Financial Transfers in the European Union: Who gets What and Why?, in: *Journal of Politics*, Vol. 59(2), 469–496.
- Carrubba, Clifford (2001): The Electoral Connection in European Union Politics, in: *The Journal of Politics*, Vol. 63(1), 141–158.
- Cusack, Thomas (1997): Partisan Politics and Public Finance: Changes in Public Spending in the Industrialized Democracies, 1955–1989, in: *Public Choice*, Vol. 91(3–4), 375–395.
- Debus, Marc (2007): *Pre-Electoral Alliances, Coalition Rejections, and Multiparty Governments*, Baden-Baden.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Eichenberg, Richard C./Russell J. Dalton (2007): The Transformation of Public Opinion on European Integration, in: *Acta Politica*, Vol. 42(2), 128–152.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Juli 2008, 6.
- Gaffney, John (Hg.) (1996): *Political Parties and the European Union*, London.
- Gross, Donald A./Lee Sigelman (1984): Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach, in: *Comparative Politics*, Vol. 16(4), 463–479.
- Grotz, Florian (2006): Jenseits von Integrationsstudien und disziplinärer Neugründung: Ansätze zu einer europawissenschaftlich erweiterten Regierungslehre, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, Vol. 4(3), 420–443.
- Héritier, Adrienne/Dieter Kerwer/Christoph Knill/Dirk Lehmkühl/Michael Teutsch/Anne-Cécile Douillet (2001): *Differential Europe: The European Union Impact on National Policymaking*, Lanham.
- Hix, Simon (2002): Parties at the European Level, in: Paul Webb/David Farrell/Ian Holliday (Hg.): *Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Oxford, 280–309.
- Hix, Simon (2005): *The political system of the European Union*, Basingstoke.
- Hix, Simon/Abdul Noury/Gerard Roland (2006): Dimensions of Politics in the European Parliament, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 50(2), 494–511.
- Hix, Simon (2008): The EU as a new political system, in: Daniele Caramani (Hg.): *Comparative Politics*, Oxford, 573–601.
- Hix, Simon/Christopher Lord (1997): *Political Parties in the European Union*, London.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks/Carole J. Wilson (2002): Does Left/Right structure party positions on European integration?, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 35(8), 965–989.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks (2004): European Integration and Democratic Competition, in: *Europäische Politik*, Vol. 3(1), 1–8.
- Höpner, Martin (2005): Parteien oder Nationen? Die zwei Konfliktlinien der europäischen Kapitalmarktintegration, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 12(2), 7–30.
- Iversen, Torben (1994): The Logic of Electoral Politics: Spatial, Directional, and Mobilizational Effects, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 27(2), 155–189.
- Klemmensen, Robert/Sarah Binzer Hobolt/Martin Ejnar Hansen (2007): Estimating Policy Positions Using Political Texts. An Evaluation of the Wordscores Approach, in: *Electoral Studies*, Vol. 26(4), 746–755.
- Knill, Christoph (2006): Implementation, in: Jeremy Richardson (Hg.): *European Union, Power and Policy-Making*, New York, 351–375.
- König, Thomas (2007): Divergence or convergence? From ever-growing to ever-slowng European legislative decision making, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 46(3), 417–444.
- Kritzinger, Sylvia/Irina Michalowitz (2005): Party Position Changes through EU Membership? The (Non-) Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties. Institut für Höhere Studien, Wien. Reihe Politikwissenschaft, 103. Internet: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_103.pdf
- Kritzinger, Sylvia/Francesco Cavatorta/Raj S. Chari (2004): Continuity and change in party positions towards Europe in Italian parties: an examination of parties manifestos, in: *Journal of European Public Policy*, Vol. 11(6), 954–974.
- Ladrech, Robert (2001): Europeanization and Political Parties, in: *Party Politics*, Vol. 8(4), 389–403.
- Laver, Michael/Norman Schofield (1998): *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*, Ann Arbor.

- Laver, Michael/Kenneth A. Shepsle (1998). Events, Equilibria, and Government Survival, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 42(1), 28–54.
- Laver, Michael/Kenneth Benoit/John Garry (2003). Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: *American Political Science Review*, Vol. 97(2), 311–331.
- Linhart, Eric/Susumu Shikano (2007). Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativenlosigkeit, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 36(2), 185–200.
- Lipset, Seymour M./Stein Rokkan (1967). Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York, 1–64.
- Mair, Peter (2000). The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: *West European Politics*, Vol. 23(4), 27–51.
- Marks, Gary/Carole J. Wilson/Leonard Ray (2002). National Political Parties and European Integration, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 46(3), 585–594.
- Marks, Gary (2004). Conclusion: European integration and political conflict, in: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.): *European Integration and Political Conflict*, Cambridge, 235–258.
- Marks, Gary/Marco Steenbergen (2004). *European Integration and Political Conflict*, New York.
- Marks, Gary/Liesbet Hooghe/Moira Nelson/Erica Edwards (2006). Party Competition and European Integration in the East and West: Different Structure, Same Causality, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 39(2), 155–175.
- Martin, Lanny/Georg Vanberg (2008). A robust transformation procedure for interpreting political text, in: *Political Analysis*, Vol. 16(1), 93–100.
- Mattila, Mikko (2004). Contested Decisions. Empirical Analysis of Voting in the EU Council of Ministers, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 43(1), 29–50.
- Mattila, Mikko/Tapio Raunio (2006). Cautious Voters – Supportive Parties: Opinion Congruence between Voters and Parties on the EU Dimension, in: *European Union Politics*, Vol. 7(4), 427–449.
- McDonald, Michael/Ian Budge (2005). *Elections, parties, democracy: conferring the median mandate*, Oxford.
- McElroy, Gail/Kenneth Benoit (2007). Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, in: *Party Politics*, Vol. 13(1), 5–28.
- Müller, Wolfgang C./Kaare Strøm (2000). Die Schlüssel zum Zusammensein: Koalitionsabkommen in parlamentarischen Demokratien, in: Jan van Deth/Thomas König (Hg.): *Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt*, Frankfurt/New York, 136–170.
- Niedermayer, Oskar (2001). Die europäischen Parteienbünde, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn, 428–446.
- Ovey, Joey-David (2004). Parteien in Europa – europäische Parteien?, in: Patricia Bauer/Helmut Voelzkow (Hg.): *Die Europäische Union – Marionette oder Regisseur? Festschrift für Ingeborg Tömmel*, Wiesbaden, 91–104.
- Pappi, Franz U./Paul W. Thurner (2000). Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41(3), 435–465.
- Pappi, Franz U./Susumu Shikano (2004). Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung Nr. 76, Mannheim.
- Pedersen, Mogens (1996). Euro-parties and European parties: new arenas, new challenges and new strategies, in: Svein Andersen/Kjell Eliassen (Hg.): *The European Union: How Democratic is it?*, London, 15–39.
- Pennings, Paul (2006). An Empirical Analysis of the Europeanization of National Party Manifestos, 1960–2003, in: *European Union Politics*, Vol. 7(2), 257–270.
- Pierce, Roy (1999). Mass-Elite Issue Linkages and the Responsible Party Model of Representation, in: Warren E. Miller/Roy Pierce/Jacques Thomassen/Richard Herrera/Sören Holmberg/Peter Esaiasson/Bernhard Weßels (Hg.): *Policy Representation in Western Democracies*, Oxford, 9–32.
- Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Robert Ladrech/Kurt Richard Luther (2007). The Europeanization of National Party Organizations: A Conceptual Analysis, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 46(6), 747–771.
- Powell, G. Bingham (2000). *Elections as instruments of democracy: majoritarian and proportional visions*, New Haven.
- Powell, G. Bingham (2004). The chain of responsiveness, in: *Journal of Democracy*, Vol. 15(4), 91–105.
- Ray, Leonard (1999). Measuring party orientations towards European integration: Results from an expert survey, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 36(2), 283–306.
- Ray, Leonard (2003). When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration, in: *The Journal of Politics*, Vol. 65(4), 978–994.
- Ray, Leonard (2007). Mainstream Euroskepticism: Trend or Oxymoron?, in: *Acta Politica*, Vol. 42(2), 153–172.
- Reif, Karlheinz/Hermann Schmitt (1980). Nine second-order national elections: A conceptual framework for the analysis of European election results, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 8(1), 3–44.
- Rodden, Jonathan (2002). Strength in Numbers? Representation and Redistribution in the European Union, in: *European Union Politics*, Vol. 3(2), 151–175.

- Rohrshneider, Robert (2002). The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-wide Government., in: *American Journal of Political Science*, Vol. 46(2), 463–475.
- Sartori, Giovanni (1976). *Parties and Party Systems*, Cambridge.
- Sitter, Nick (2001). The politics of opposition and European integration in Scandinavia: Is euro-scepticism a government-opposition dynamic?, in: *West European Politics*, Vol. 24(4), 22–39.
- Slapin, Jonathan/Sven-Oliver Proksch (2008). A scaling model for estimating time-series party positions from texts, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 52(3), 705–722.
- Steenbergen, Marco/David Scott (2004). Contesting Europe? The Saliency of European Integration as a Party Issue, in: Gary Marks/Marco Steenbergen (Hg.): *European Integration and Political Conflict: Parties, Voters, Interest Groups, and Social Movements*. Cambridge, 165–192.
- Steenbergen, Marco/Erica Edwards/Catherine de Vries (2007). Who's Cueing Whom? Mass-Elite Linkages and the Future of European Integration, in: *European Union Politics*, Vol. 8(1), 13–35.
- Taggart, Paul (1998). A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 33(3), 363–88.
- Taggart, Paul/Aleks Szczerbiak (2004). Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 43(1), 1–27.
- Thomassen, Jacques/Hermann Schmitt (1997). Policy Representation, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 32(2), 165–184.
- Thomassen, Jacques/Hermann Schmitt (1999). Issue Congruence, in: Hermann Schmitt/Jacques Thomassen (Hg.): *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, Oxford, 186–208.
- Timmermans, Arco (1998). Conflicts, Agreements, and Coalition Governance, in: *Acta Politica*, Vol. 33(4), 409–432.
- Timmermans, Arco (2006). Standing apart and sitting together: Enforcing coalition agreements in multiparty systems, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 45(2), 263–283.
- Volkens, Andrea (2001). Quantifying the Election Programmes: Coding procedures and controls, in: Ian Budge/Hans-Dieter Klingemann/Andrea Volkens/Judith Bara/Eric Tanenbaum (Hg.): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors and Governments 1945–1998*, Oxford, 93–109.
- Warwick, Paul V. (2001). Coalition Policy in Parliamentary Democracies: Who Gets How Much and Why, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 34(10), 1212–1236.
- Weßels, Bernhard (1995). Support for Integration: Elite or Mass Driven?, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford, 137–162.
- Wessels, Wolfgang (1995). Wird das Europäische Parlament zum Parlament? Ein dynamischer Funktionenansatz, in: Albrecht Randelzhofer/Rupert Scholz/Dieter Wilke (Hg.): *Gedächtnisschrift für Eberhard Grabitz*, München, 879–904.
- Zimmer, Christina/Gerald Schneider/Michael Dobbins (2005). The Contested Council: Conflict Dimensions of an Inter-governmental EU Institution, in: *Political Studies*, Vol. 53(2), 403–422.

AUTORINNEN

Marc DEBUS ist Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der vergleichenden Parteien- und Wahlforschung sowie in der Analyse legislativer Verfahren.

Kontaktadresse: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim, A5, 6, D-68159 Mannheim

E-mail: marc.debus@mzes.uni-mannheim.de

Jale TOSUN, Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin, ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl für vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der vergleichenden Policy-Analyse und hierbei insbesondere auf der Politikgestaltung in der Europäischen Union sowie der Analyse von internationaler Politikkonvergenz und Politikdiffusion.

Kontaktadresse: Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Fach D91, Universitätsstrasse 10, D-78457 Konstanz.

E-mail: jale.tosun@uni-konstanz.de